

## L1neueu Angst vor Freiheit?

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 8 Leitantrag

### Antragstext

#### 1 **Angst vor Freiheit?**

2 In den letzten Jahren konnten wir beobachten, dass unsere Individual- und  
3 Grundrechte dem emotional besetzten subjektiven Sicherheitsgefühl geopfert  
4 werden. Die Angst vor etwaigen Bedrohungen wurde fortlaufend genutzt, um  
5 Polizeigesetze zu verschärfen und die Datenspeicherung zu intensivieren, mit dem  
6 Ziel einer größtmöglichen Kontrolle des öffentlichen Lebens. Oftmals geht dies  
7 einher mit einem Profilierungswunsch des ein oder anderen Innenministers. Dass  
8 die reale Sicherheit dabei nicht wächst, bleibt unbeachtet.

9 Das Ziel einer jeden Innenpolitik muss der Schutz unserer Grundrechte sein. Und  
10 auch das Recht auf Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung gehören zu  
11 diesen Grundrechten. Diese wurden in den letzten Jahren massiv vernachlässigt.

12 Für uns ist klar: Das Recht auf Privatsphäre und informationelle  
13 Selbstbestimmung gilt auch im digitalen Zeitalter. Nur weil Überwachung einfach  
14 wird, wird sie nicht zum Freifahrtschein.

15 Wirkliche Sicherheit kommt besonders durch Prävention und Bildung zustande.

16 Alle seit der Jahrtausendwende eingeführten Sicherheitsgesetze und -maßnahmen  
17 müssen überprüft werden. Die Laufzeit von Sicherheitsgesetzen und -maßnahmen  
18 muss im Regelfall auf 5 Jahre begrenzt werden.

#### 19 **Polizei**

20 Die Polizei spielt eine wichtige Rolle in unserer Gesellschaft. Ihre Aufgabe im  
21 Rechtsstaat ist es, die Ausübung der Grundrechte für Bürger\*innen zu  
22 garantieren, etwaige Gefahren bzw. Straftaten abzuwenden.

23 Aber: Die Polizei kann keine gesellschaftlichen Probleme lösen und das ist auch  
24 nicht ihre Aufgabe. Immer mehr Polizei führt nicht automatisch zu mehr  
25 Sicherheit und immer größere Ausweitungen der Kompetenzen der Polizei auch  
26 nicht. Für uns steht außer Frage, dass die Polizei personell und technisch gut  
27 ausgestattet sein muss. Die Polizei steht vor der Herausforderung geeignete  
28 Bewerber\*innen zu finden. Polizeidienst muss attraktiver werden. Moderne Technik  
29 kann Polizeiarbeit jedoch nur unterstützen, nicht ersetzen. Gute technische  
30 Ausstattung heißt nicht, dass alle möglichen technischen Hilfsmittel auch  
31 genutzt werden sollten. So ist die Benutzung von Tasern abzulehnen, außerdem

32 fordern wir eine Einschränkung der Nutzung von Wasserwerfern und  
33 Reizstoffsprühgeräten bei Demonstrationen. Außer Frage steht für uns, dass eine  
34 hierarchisch organisierte, staatliche Institution, wie die Polizei, stets von  
35 der Legislative kontrolliert werden muss.

36 Schon die Verschärfung des PolG I halten wir für unverhältnismäßig. Wir  
37 unterstützen deswegen die Klage gegen das PolG I.

38 Die jetzige Verschärfung des Polizeigesetzes wie es Innenminister Strobl  
39 vorsieht, halten wir für nicht angemessen. Seit der Verschärfung 2017 sind schon  
40 "Intelligente" Videoüberwachung, Aufenthalts- und Kontaktverbote von sogenannten  
41 Gefährdern und Telekommunikations-Überwachung (auch „Quellen-TKÜ“ genannt)  
42 erlaubt. Damit ist das Polizeigesetz jetzt schon sehr weitgehend.

43 Die jetzige Verschärfung im Zuge der DSGVO Anpassung sehen eine  
44 Unendlichkeitshaft für Gefährder, eine Ausweitung der Schleierfahndung und eine  
45 Ausweitung der Anwendung des Staatstrojaners vor. Dabei kann nicht nur - wie  
46 jetzt schon - die laufende Kommunikation überwacht werden, sondern es kann auch  
47 auf alle anderen Daten auf den jeweiligen Systemen zugegriffen werden. Somit  
48 würde ein bloßer Verdacht für schwere Eingriff in die Privatsphäre ausreichen.

49 Auch eine Untersuchung von DNA-Spuren zu präventiven Zwecken soll mit der vom  
50 Innenminister vorgeschlagenen Gesetzesänderung kommen. Dies ist  
51 unverhältnismäßig und diskriminierend und wir lehnen dies ab. Im Gesetzesentwurf  
52 des Innenminister ist auch eine Verwendung von Bodycams im Inneren vorgesehen.  
53 Damit wird die Unverletzlichkeit der Privatwohnung massiv in Frage gestellt.  
54 Auch muss grundsätzlich ein unabhängiger Richter entscheiden, ob ein Eingriff in  
55 die Privatsphäre der Wohnung angemessen ist, eine Verwendung von Bodycams stellt  
56 sich gegen den Richtervorbehalt.

57 Ob die Maßnahmen im neuen Polizeigesetz zu mehr Sicherheit führen ist höchst  
58 fragwürdig.

59 Deswegen steht für uns fest: Das ist ein massiver Eingriff in die  
60 Bürger\*innenrechte und absolut nicht angemessen. Wir lehnen eine Anpassung des  
61 Polizeigesetz, so wie sie Minister Strobl vorsieht, deswegen umfassend ab.

62 Wir sehen die Einschränkung der Personenfreiheit durch Präventivhaft sehr  
63 kritisch und fordern die Landesregierung auf, diese zurückzunehmen. Die  
64 Bedingungen und Auflagen, dieses Instrument anzuwenden sind unklar und stellen  
65 einen Einschnitt in die Bürger\*innenrechte dar.

66 Polizeigewalt ist leider nach wie vor alltäglich. Deswegen muss es Möglichkeiten  
67 geben gegen diese vorzugehen. Wir fordern eine anonymisierte Kennzeichnung der  
68 Polizei, um im Bedarfsfall ‚Schwarze Schafe‘ leichter zu identifizieren ohne,  
69 dass in die Persönlichkeitsrechte der Polizist\*innen eingegriffen wird.

70  
71 Auch muss es niedrighschwellige Beschwerdemöglichkeiten für Opfer - angesiedelt  
72 bei einer eigenständigen Stelle - geben. Eine unabhängige Behörde für  
73 Ermittlungen gegen Polizist\*innen ist dringend notwendig. Wir fordern deswegen  
74 den Polizeibeauftragten zu einer unabhängigen Ombudsstelle umzubauen und damit

zu stärken.

75 Weiterhin halten wir die Einrichtung einer\*s Bürger\*innenbeauftragten bei der  
76 Polizei für sinnvoll.

77 Wir fordern ein Ende des Racial Profilings in der baden-württembergischen  
78 Polizei und die Umsetzung geltender Rechtsprechung. Institutionellem Rassismus  
79 muss man entgegenwirken, dafür braucht es eine höhere Sensibilisierung für das  
80 Thema in den Institutionen. Innerhalb der Polizei muss es verpflichtende  
81 Fortbildung zum Thema geben, um diesem Problem langfristig entgegen zu wirken.  
82 Polizist\*innen müssen weitergebildet werden, um Hasskriminalität und  
83 Rechtsextremismus zu erkennen und nachgehen zu können. Auch fordern wir eine\*n  
84 Antirassismusbeauftragte\*n bei der Polizei, der bestehende Strukturen überprüft  
85 und Prozesse definiert, die Rassismus in der Polizeiarbeit wirkungsvoll  
86 verhindern.

87 Die Polizei muss die Kapazitäten haben ihren Aufgaben nachzukommen. Derzeit  
88 arbeiten die Polizist\*innen an ihrer Belastungsgrenze und darüber hinaus. Um  
89 Überstunden abzarbeiten und somit eine ordnungsgemäße, deeskalierende  
90 Polizeiarbeit zu gewährleisten, müssen zunächst Stellen über den  
91 organisatorischen Bedarf geschaffen werden. Den begonnen Weg, Beamt\*innen ohne  
92 Polizeiausbildung in der Verwaltung einzusetzen, wo dies möglich ist, wollen wir  
93 dabei ausweiten.

94  
95 Aktuell werden extrem viele Kapazitäten der Polizei mit Kleinstaufgaben und  
96 Bagatellen belastet, wie z.B. der Verfolgung von Cannabiskonsument\*innen. Wir  
97 fordern eine Cannabislegalisierung und eine kontrollierte Freigabe aller Drogen.  
98 Nur so können wir den Schwarzmarkt wirklich bekämpfen. Zudem muss der Schutz der  
99 Gesundheit von Konsument\*innen an erster Stelle stehen. Jede\*r muss ein Recht  
100 darauf haben, genau zu wissen was sie\*er wirklich konsumiert. Deshalb fordern  
101 wir die Einrichtung von kostenlosen Drug-Checking Angeboten sowie  
Drogenkonsumräume und niedrigschwellige Hilfsangebote.

102 Eine deeskalierende Einsatztaktik bei Demonstrationen muss zum Standard werden.  
103 Kommunikationsteams und Lautsprechertrupps helfen auf Demonstrationen Situationen  
104 zu entschärfen, diese sind transparent einzusetzen. Die regelmäßige Teilnahme an  
105 Fortbildungen zu deeskalierender Kommunikation muss für für Bereitschafts- und  
106 Streifenpolizist\*innen verpflichtend werden.

107 Polizei/ Rettungskräfte werden immer mehr mit Gewalt konfrontiert. Darauf müssen  
108 wir aufmerksam machen. Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierung. Behinderung der  
109 Rettungskräfte mit hohen Geldstrafen verhängen. Auch das Nicht-Bilden einer  
110 Rettungsgasse muss höhere Strafen mit sich bringen.

111 Den freiwilligen Polizeidienst lehnen wir ab.

## 112 **Verfassungsschutz**

113 Der Verfassungsschutz muss reformiert werden und auf der Basis

114 einer umfassenden Aufgabenkritik von Grund neu aufgestellt werden.

115 Die Arbeit des Verfassungsschutzes muss sich künftig auf gewaltorientierte  
116 Gruppen, insbesondere den Rechtsextremismus und den dschihadistischen  
117 Terrorismus, konzentrieren. Die nachrichtendienstliche Beobachtung von nicht-  
118 gewaltorientierten Organisationen und Personen muss beendet werden.

119 Das parlamentarische Kontrollgremium hat in Baden-Württemberg die Kontrolle über  
120 die Tätigkeit des Verfassungsschutzes. Es kann nicht sein, dass hier jedoch alle  
121 Informationen streng vertraulich sind. Das Gremium muss die Möglichkeit haben zu  
122 entscheiden, ob und welche Informationen öffentlich verfügbar gemacht werden. Es  
123 muss möglich sein, dass das Gremium öffentlich tagen kann, um mehr Transparenz  
124 bei Vorgängen des Verfassungsschutzes zu ermöglichen.

125 Wir müssen die europäische Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden stärken.  
126 Nachrichtendienste haben überschreitende und sich gegenseitig einschränkende  
127 Kompetenzen, die klar neu sortiert werden müssen.

128 Im NSU Prozess hat sich gezeigt, dass der Einsatz von V-Leuten hochproblematisch  
129 ist, denn hier werden bekennende Verfassungsfeinde vom Staat bezahlt. Die V-  
130 Leute-Praxis birgt unvermeidbare rechtsstaatliche Risiken, denen nur ein  
131 begrenzter Erkenntnisgewinn gegenübersteht. Deshalb fordern wir einen  
132 weitgehenden Verzicht der Verwendung von V-Leuten in Baden-Württemberg.

133 An der Abgrenzung geheimdienstlicher, polizeilicher und strafrechtlicher  
134 Kompetenzen halten wir strikt fest.

## 135 **Rechtsextremismus**

136 Rechter Terror ist eine sehr reale Bedrohung. Dies zeigt nicht zuletzt die  
137 Berichterstattung über die Tätigkeit von Uniter in BW. Die Verstrickungen von  
138 Akteur\*innen dieses Vereins in Polizei, Verfassungsschutz und Bundeswehr müssen  
139 dringend aufgeklärt werden.

140 In unserer Gesellschaft sind Fake-News, Verschwörungstheorien und Co. leider  
141 sehr verbreitet. Wir müssen diese entlarven und argumentativ stellen. Dafür  
142 braucht es auch öffentliche, unabhängige und neutrale Stellen, die sich mit der  
143 Thematik auseinandersetzen und Argumente gegen die Fake-News aufbereiten.

144 Gewaltfreie antifaschistische Initiativen und Gruppen müssen in der Gesellschaft  
145 gehört und ernstgenommen werden. Sie sind ein Frühwarnsystem bei der Erfassung  
146 gefährlicher Entwicklungen. Antifaschistischer Protest darf nicht weiter  
147 kriminalisiert werden. Weitere Strafrechtsverschärfungen lehnen wir ab.

148 Es müssen weitere Mittel für ein Landesprogramm zur Förderung demokratischer  
149 Kultur und zur Bekämpfung von Rechtsextremismus bereitgestellt werden. Dieses  
150 soll Vereine und andere Organisationsformen, die sich mit dem Thema  
151 Rechtsextremismus auseinandersetzen unter die Arme greifen und ihre Arbeit  
152 unterstützen.

153

154

155

156 Zudem müssen wir uns als Ziel setzen, stärker und effektiver eine multidiverse

157 Kulturlandschaft zu fördern und für Begegnungen zwischen den Kulturen zu sorgen.  
158 Denn eine große Quelle des Rechtsextremismus ist das fehlende Wissen über  
159 unterschiedliche Kulturen. Deshalb ist eine Förderung von interkulturellen  
Veranstaltungen von großer Wichtigkeit für eine sichere innenpolitische  
Lage. Wir fordern eine viel stärkere Förderung der kulturellen Vielfalt.

160 Wir müssen Rechtsextremismusprävention in den Schulen stärken. Lehrer\*innen  
161 müssen in der Thematik stetig fortgebildet werden, um auch auf tagesaktuelle  
162 Ereignisse ggf. reagieren zu können. Außerdem muss es in der  
163 Rechtsextremismusprävention an Schulen eine Anlaufstelle für Lehrkräfte geben,  
164 an die sie sich bei Bedarf wenden können.

165 Durch gezielte Interventionsmaßnahmen und intensive Beratungs- und  
166 Betreuungsarbeit müssen aber auch Menschen beim Ausstieg aus der rechten Szene  
167 unterstützt werden.

## 168 **Überwachung**

169 Wir stellen uns entschieden gegen die Ausweitung der Schleierfahndung, wie sie  
170 das PolG II fordert. Diese Massenüberwachung und Bespitzelung von Bürger\*innen  
171 ist ein Angriff auf unsere Freiheit und Demokratie.

172 Die Videoüberwachung im öffentlichen Raum muss klare Regeln haben. Bürger\*innen  
173 müssen transparent in einem öffentlichen Register einsehen können, wo  
174 Videoüberwachung stattfindet. Außerdem muss auch vor Ort die Videoüberwachung  
175 transparent gemacht werden und unter der Kamera erklären, wozu sie dort hängt  
176 und was sie tut. Das gilt insbesondere für die Kennzeichnung von  
177 Videoüberwachung mit künstlicher Intelligenz.

178 Außerdem braucht es mehr Kontrolle der öffentlichen und privaten  
179 Videoüberwachung durch die Datenschutzaufsicht. Wir lehnen die Speicherung der  
180 gewonnenen (Video-)Daten ohne konkreten Anlass ab.

181 Die polizeiliche Befugnis über die Videoüberwachung muss sich gemäß der  
182 Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts auf ausgewiesene Gefahrenstellen  
183 beschränken.

184 Für uns ist klar, Sicherheit muss zu einem großen Teil durch Prävention  
185 erfolgen. Wir fordern deswegen, es darf keinen weiteren Ausbau von  
186 Videoüberwachung/Gesichtserkennung geben.

187  
188  
189  
190  
191

## 192 **Sicherheit durch Prävention**

193  
194  
195  
196 Prävention fängt bei Bildung an. Wir fordern die Aufnahme von Anti-Gewalt-  
197 Trainings in die Lehrpläne. Diese sollen mit bestehenden Präventionsangeboten in

198 den Kommunen verknüpft werden.

199  
200 Darüber hinaus muss - insbesondere schulische - Bildung die Möglichkeit zur  
201 gesellschaftlichen Teilhabe stärker in den Mittelpunkt stellen. Denn Menschen,  
die gesellschaftlich und beruflich eingebunden sind, neigen weniger stark zu  
Kriminalität.

Auch Präventionsangebote wie Streetwork, Schul-, berufs- und  
ausbildungsbezogene Sozialarbeit, Fan-Projekte und Jugendzentren sowie Anlauf-  
und Beratungsstellen für Täter\* innen und Opfer von Gewalt müssen stärker und  
verlässlicher gefördert werden.

## 202 **Demokratie**

203 Unser Landtag braucht mehr Vielfalt. Deswegen fordern wir die Reform des  
204 Landtagswahlrechts und die Einführung eines Listenwahlrechts noch in dieser  
205 Legislatur.

206 Das Wahlalter muss bei Landtagswahlen auf 14 Jahre abgesenkt werden.  
207 Perspektivisch streben wir eine Absenkung auf 0 Jahre an.

208 Jede Gemeinde sollte eine\*n Jugendbeauftragte\*n für Demokratie haben,  
209 deren\*dessen Tätigkeitsbereich neben Jugendtreffs auch Demokratieverziehung in  
210 der Schule sein sollte. Außerdem sollte der Politikunterricht stark ausgebaut  
211 werden.

212 Demokratiebildung sowie die kritische Auseinandersetzung mit Nationalismus,  
213 Rassismus und Diskriminierung sollten von Beginn an Bestandteil der  
214 Bildungslaufbahn sein. Aus diesem Grund müssen wir die Landeszentrale für  
215 politische Bildung, welche eine wichtige Rolle in der Demokratiebildung hat,  
216 ausbauen und Demokratieinitiativen auch auf Landesebene stärken.

217 Baden-Württemberg muss Aktivist\*innen schützen. Die Versammlungsfreiheit ist ein  
218 wichtiges Gut in unserer Demokratie. Wir fordern die Entkriminalisierung von  
219 Sitzblockaden und ein Verbot von chemischen Reizstoffen auf Demos.

## 220 **Migration**

221 Ziel der Innenpolitik muss der Schutz der Grundrechte sein. Das gilt es auch zu  
222 beachten bei innenpolitischen Entscheidungen, die das Thema Migration betreffen.  
223 Auf der Flucht vor Verstößen gegen die Menschenrechte hat ein jeder Mensch das  
224 Recht auf Asyl - dieses Grundrecht gilt es zu wahren. Die Bundesländer sind für  
225 die Durchsetzung von Abschiebungen verantwortlich und entscheiden im Bundesrat  
226 über die Einstufung der sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten“. Als Grüne  
227 Jugend lehnen wir das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten grundsätzlich ab. Im  
228 Sinne einer humanitären Asylpolitik hat sich eine GRÜN-geführte Landesregierung  
229 im Bundesrat gegen eine Ausweitung dieser einzusetzen. Denn Staaten, deren Lage  
230 von internationalen Menschenrechtsorganisationen als kritisch eingestuft wird,  
231 so wie es bei den sogenannten Maghreb-Staaten der Fall ist, sind nicht sicher!

232 Zudem fordern wir einen sofortigen Abschiebestopp nach Afghanistan - ein Land,

233 dass auch von der UN wieder als Land in "aktivem Konflikt" eingestuft wird, ist  
234 nicht sicher!

235 Leitlinien einer gelingenden Integration - und das ist der tatsächliche  
236 politische und gesellschaftliche Handlungsbedarf, der Migration folgt - haben  
237 wir in unserem LMV Beschluss 2016 „Intergreat- Teilhabe für alle ermöglichen“  
238 zusammengefasst, worauf wir an dieser Stelle verweisen.

## 239 **Kommunen**

240 Wir wollen kommunale Selbstverwaltung stärken und die Sperrzeiten von Clubs und  
241 Gastronomie von der Regelung auf Landesebene an die Kommunen geben.

242 Die Einführung von Alkoholkonsumverboten zur Entschärfung von Brennpunkten  
243 halten wir jedoch für einen Holzweg und fordern deren erneute Abschaffung auf  
244 Landesebene.

245 Wir begrüßen die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Schaffung von  
246 Drogenkonsumräumen, in denen die Konsument\*innen nicht verfolgt werden und  
247 Sozialarbeiter\*innen Kontakt zu ihnen aufbauen können. Die Ausweitung der  
248 Gesetzesgrundlage auf Kommunen mit weniger als 300.000 Einwohner\*innen halten  
249 wir aber für dringend erforderlich.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich